

MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS

Verhandlungsschrift

über die am **Mittwoch, den 09.12.1987 um 19.00 Uhr** im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene **31. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.**

Anwesend: Bürgermeister Harald WEKERLE als Vorsitzender, Vizebürgermeister Gerhard REBHOLZ, die Gemeinderäte Gerhard WILLE, Ing. Werner NETZER, Dipl.Vw. Otmar TSCHANN und Ludwig KIEBER, sowie die Gemeindevertreter, bzw. Ersatzleute Peter VONBANK, Ing. Rudolf HAUMER, MR Dr. Hermann SANDER, Hans NEYER, Dipl.Ing.Dr. Ernst PÜRER, Fritz NETZER, Wilhelm GANTNER, Dr. Hansjörg CZINGLAR und Max DOBLER für die ÖVP;
Mag.Dr. Siegfried MARENT, Franz NETZER, Werner BITSCHNAU und Rudolf LISCHKA jun. für die SPÖ und Parteifreie;
DDr. Heiner BERTLE, Mag. Siegfried NEYER, Ernst FITSCH und Siegfried GRASS für die FPÖ und Parteifreie Bürger;
Schriftführer: GSekr. Dr. Oswald HUBER.

Entschuldigt abwesend: GV Jakob GANAHL, GV Ing. Kurt PRAUTSCH, GV Dr. Edgar DÜNGLER und GV Manfred KONZETT.

Abwesend: GV Mag. Manfred HANISCH.

Die Zustellung der Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte gemäß den Bestimmungen des GG. zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung begrüßt die anwesenden Mandatare und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Vor Eingang in die Tagesordnung antwortet der Vorsitzende auf die Frage von GV Mag. Dr. Siegfried Marent, warum der in der letzten Sitzung vertagte Tagesordnungspunkt "Containerhalle" nicht in die heutige Tagesordnung aufgenommen wurde, daß zwischenzeitlich Einwände seitens der Wildbach- und Lawinenverbauung gegen den geplanten Standort eingelangt sind (prov. Gefahrenzonenplan).

Erledigte Tagesordnung

- 1) Gemeindekrankenhaus "St. Josefsheim":
 - a) Voranschlag 1988,
 - b) Stellenplan 1988;
- 2) Landschaftspflegefonds, Nominierung einer Einstufungskommission
- 3) Sonderschule Vandans, Investitions- und Betriebskostenschlüssel
- 4) Grundverkauf, Hälfteigentum an der Bp 289/4 (17 m²) an Andreas Brodzinski;

- 5) Gehsteigsicherung Bergbahnstraße, Maßnahmen zur Verhinderung von Gehsteigparkern auf der Strecke Silvrettastraße - Haus Familie Pöchler (Gemeindestraße);
- 6) Einladung des Müllberaters und des zuständigen Landesrates zu einer Informationsveranstaltung der Gemeindevertretung und der Schrunser Bevölkerung über das Vbg. Abfallkonzept und Müllvermeidung;
- 7) Abwasserverband Montafon, Voranschlag 1988;
- 8) Montjolastraße L 96, Genehmigung der Grundablöseverträge;
- 9) Darlehensaufnahme;
- 10) Das Land Vorarlberg möge, in Hinblick auf die großen Belastungen durch Energiegewinnung und -abtransport, den von den VIW geleisteten Wasserzins in einen Fonds einbringen, aus dem Umweltschutzmaßnahmen (alternative Heizsysteme, Gasanschluß, Abwasserbeseitigung) gefördert werden. Der Bürgermeister soll sich um eine gemeinsame Forderung der Talschaftsgemeinden bemühen.
- 11) Entsprechend dem gemeinsamen Antrag von Sport-, Schul- und Bauausschuß vom 28.10.1987 soll die Errichtung der Tiefgarage Armenhausbühel durch Vorfinanzierung der Gemeinde aus dem Verkauf von Anteilen aus der Tiefgarage Löwen und/oder aus Mitteln der Parkplatzbewirtschaftung ermöglicht werden.
- 12) Aufgrund der nicht absehbaren Realisierbarkeit eines "Sportzentrums in der Stoffleth-Au wird dem Sportplatzunterausschuß der Auftrag erteilt, die Realisierung eines Spielfeldes in der Stoffleth-Au unter Weiterverwendung des bestehenden Fußballplatzes als Spiel- und Trainingsplatz zu verfolgen.
- 13) Nominierung von Vertretern in den regionalen Planungsausschuß für die B 188 und Einladung der übrigen Gemeinden zur Entsendung ihrer Vertreter.
- 14) Bereitstellung von Budgetmitteln zum Erwerb von Grundstücken für die Dorfkern- und Bahnhofspannung.
- 15) Untersagung der Errichtung von Einzelsatellitanten und Beauftragung der Montafonerbahn zur Errichtung einer Gemeinschaftsempfangsanlage für Satellitenprogramme.
- 16) Berichte des Bürgermeisters und Allfälliges.

zu 1 a)

Der Voranschlagsentwurf 1988 für das Gemeindekrankenhaus St. Josefsheim und dessen Stellenplan wurde in den Unterausschüssen (Krankenhausausschuß, Gemeindevorstand und Finanzausschuß) eingehend beraten. Der Entwurf ist allen Anwesenden mit der Einladung zur gegenständlichen Sitzung zugestellt worden. Der Vorsitzende verliest die Schwerpunkte, welche im Anhang aufgegliedert sind und erläutert insbesondere die weiter fortzusetzenden Sanierungsmaß-

nahmen. Die Aufwendungen für Lebensmittel und Medikamente werden aufgrund von Erfahrungswerten angenommen, insgesamt wird mit 9.600 Verpflegestagen gerechnet. Im Personalsektor ist eine 2 %ige Lohn-erhöhung sowie die Einstellung zweier zusätzlicher Sanitätshilfs-dienste berücksichtigt. Der Abgang wird sich im Vergleich zum Vor-jahr um ca. S 800.000,-- vermindern. Die Marktgemeinde Schruns hat als Rechtsträger des Krankenhauses sowie als spitalsbeschickende Gemeinde ca. 1 Drittel des Abganges zu tragen.

zu 1 b)

Hinsichtlich des Stellenplanes wird festgehalten, daß die Fluktua-tion sehr hoch ist, was in einer Reihe von Faktoren wie z.B. im Ausbildungs-wesen begründet ist.

zu 1 a) und b)

DDr. Heiner Bertle führt an, daß seit dem Jahre 1983 die Gesamt-auslastung etwa zwischen 65 % und 68 % schwankt. Dieser Auslas-tungsgrad sei unter anderem mit den Umbauarbeiten begründet wor-den. Es stelle sich nun die Frage, ob jetzt eine Steigerung hin-sichtlich des Auslastungsgrades zu erwarten sei. Weiters erkundigt er sich darüber, wie sich die Aktivitäten des Krankenpflege-vereines und die Aktion Essen auf Rädern auf die Belegszahlen aus-wirken und ob damit für den steuerzahlenden Bürger eine finanzielle Entlastung verbunden sei. Der Vorsitzende führt aus, daß in der Internen der Auslastungsgrad durch den Umbau eher ange-stiegen ist. Die Auslastung in der Wochenstation sei rückläufig, was sich natürlich in der Gesamtauslastung niederschläge. Dieser Rückgang sei unter anderem auf die Pensionierung von Frau Ganahl in Vandans sowie auf fehlende OP Einrichtungen zurückzuführen. Die Niederlassung eines zweiten Frauenfacharztes hätte seiner Ansicht nach eine bessere Auslastung zur Folge.

Der von der Aktion Essen auf Rädern betroffene Personenkreis sei eher dem Altersheim zuzuordnen. Die Hauskrankenpflege stelle eine theoretische Konkurrenzierung dar, es fehlen jedoch die Unterlagen um dies genauer beurteilen zu können.

Nach MR. Dr. Hermann Sander entstehe nicht der Eindruck, daß durch die Hauskrankenpflege bzw. durch die Aktion Essen auf Rädern eine Konkurrenzierung eintritt. Diese stellen eher einen Ersatz dar. Hinsichtlich der Geburtshilfe sei im letzten Quartal eine Änderung zum Besseren eingetreten. Aus ärztlicher Sicht sei die Belegung der Wochenstation mit Nichtwöchnerinnen aufgrund der fehlenden Ab-schlußmöglichkeit im Stiegenaufgang mit gesetzlichen Schwierigkei-ten verbunden. Dies wäre allenfalls bei sterilen Fällen möglich. Außerdem wäre dies pflegemäßig kaum machbar, da die Pflegeschwes-tern derzeit schon voll ausgelastet sind. Auch die Hebammen, von welchen eine ständig erreichbar sein müsse, seien schon alleine mit Arbeiten in der Säuglingsstation voll ausgelastet.

GR Gerhard Wille bittet MR Dr. Sander als ärztlichen Leiter des Krankenhauses, darüber Auskunft zu geben, welche Impfungen von den Eltern in Zukunft selbst getragen werden müssen.

MR Dr. Sander: Hinsichtlich einer Selbsttragung der Kosten liegen noch keine Informationen vor.

Nach Ansicht von GR Gerhard Wille sind die im Gespräch befindlichen Neuregelungen als Rückschritt zu betrachten. Eine Vorsorge komme schlußendlich billiger, weshalb die Kosten für Impfungen in das Krankenhausbudget aufgenommen werden sollten. Sein Antrag laute daher, die Kosten für Impfungen, welche von der Krankenversicherung nicht mehr getragen werden, von der Gemeinde zu übernehmen.

MR Dr. Hermann Sander bemerkt, daß über diese Vorgangsweise noch mit dem Gemeindefarzt gesprochen werden müsse.

Nach Ansicht des Vorsitzenden können die Impfkosten nicht ins Krankenhausbudget aufgenommen werden.

GR Gerhard Wille bittet den ärztlichen Leiter, in der nächsten Sitzung über die in Zukunft von den Krankenversicherungsanstalten nicht mehr bezahlten Impfungen, über Impfungen im allgemeinen und über deren Schutz gegen spätere Krankheiten zu berichten.

Seitens der Fraktion SPÖ und Parteifreie wurden die Budgetwünsche bereits deponiert. In diesem Schreiben wird angeregt, die vorgesehenen S 800.000,-- für den Umbau der Küche auf das Jahr 1989 zu verschieben. Nach Dr. Marent soll dies kein Hinderungsgrund, sondern Hinweis auf das Risiko sein, daß sich bei einer eventuellen späteren andersweitigen Verwendung der Räumlichkeiten die jetzigen Investitionen ungünstig auswirken. Hinsichtlich des Altersheimes zieht er einen Vergleich mit den Schulen und dem geplanten Turnsaalneubau. Es sei ersichtlich, daß in Bälde etwas gemacht werden müsse, da beispielsweise die Fenster ziehen und die Heizkörper versenkt sind. MR Dr. Sander bestätigt den schlechten Zustand, verweist jedoch darauf, daß die Küche bleiben wird.

Der Voranschlag des Gemeindekrankenhauses "St. Josefsheim", welcher Ausgaben von S 15.649.000,-, Einnahmen von S 11.004.000,- und einen Abgang von S 4.645.000,- ausweist, sowie der Dienstpostenplan 1988 für das Gemeindekrankenhaus werden in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

zu 2)

Der Vorsitzende faßt das den Mandataren zugestellte Schreiben hinsichtlich des Landschaftspflegefonds kurz zusammen.

Für DDR. Heiner Bertle stellt sich die Frage, welche Gebiete überhaupt in Betracht kommen. Werner Bitschnau kennt nur wenige Flächen, die dafür in Frage kommen. Außerdem handle es sich hier um einen lächerlichen Betrag, halte man sich die Mühen einer normalen Bewirtschaftung vor Augen.

Für die im Sinne der Richtlinien für die Gewährung von Pflegeentgelten für Feuchtgebiete einzusetzende Kommission, der mindestens zur Hälfte Landwirte angehören müssen, werden einstimmig folgende Personen nominiert: Gebhard Schrottenbaum, Jakob Ganahl für die Fraktion ÖVP, Werner Bitschnau für die Fraktion SPÖ und Partei-

freie und Mag. Siegfried Neyer für die Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger.

zu 3)

Der Aktenvermerk über die Erneuerungsinvestitionen an der Sonderschule Vandans und den Abschluß einer privatrechtlichen Vereinbarung mit den Einzugsgemeinden der Sonderschule wurde den Mandatären mit der Einladung zur gegenständlichen Sitzung bereits zugestellt. Der Vorsitzende wiederholt die wesentlichsten Punkte. Werner Bitschnau sieht in der vorgeschlagenen Regelung eine Belastung, da derzeit keine Schrunser Kinder nach Vandans gehen. In weiterer Folge entsteht eine Diskussion über die Notwendigkeit von Sonderschulen im allgemeinen.

Nach GR Dipl. Vw. Othmar Tschann ist die Gemeindevertretung in der glücklichen Lage, nicht darüber urteilen zu müssen, welche Kinder in die Sonderschule kommen, dies obliege den Eltern und Lehrern. Die Gemeindevertretung müsse über die Finanzierung entscheiden. Er empfinde die Vorgangsweise von Vandans als Erpressung und gebe seine Zustimmung nur, um eine Retourkutsche zu verhindern. Das Vorgelegte sei keine sachliche Begründung. Werner Bitschnau fordert, daß die Verumlagerung der Investitionskosten nach den Kinderzahlen vorgenommen wird. Bgm Wekerle ist überzeugt, daß in Zukunft wieder Schrunser Sonderschüler nach Vandans gehen werden. Wäre dies nicht der Fall, so hätte Schruns ohnedies nur den Sockelbetrag von S 50.000,-- zu bezahlen. Nach 10 Jahren reduziere sich der Betriebsaufwand, die bisher verrechnete Miete falle weg.

Wilhelm Gantner: Die Entscheidung sollte nicht aufgrund der momentanen Situation getroffen werden. Der Aufwand ist derselbe wie bisher. Schruns ist als Hauptort verpflichtet, für die tatsächlichen Belange einen gewissen Beitrag zu leisten. In punkto Musikschule kann dann auf dieses Beispiel verwiesen werden. DDr. Heiner Bertle stört die Vorgangsweise. Die Investitions- und Betriebskosten, der Landesbeitrag von 30 % und die weiteren Zinszuschüsse in Höhe von 25 % seien für ihn noch nachvollziehbar. Daß jedoch der Bürgermeister nochmals eine 50 %-ige Abdeckung der auf Schruns entfallenden Kosten ohne Wissen der anderen Gemeinden aushandle, höre sich etwas seltsam an. Ob die Finanzierungen über Landes- oder Gemeindeabgaben erfolge, sei dem Steuerzahler schlußendlich gleich.

Der Vorsitzende sieht dieses Vorbringen als parteipolitische Äußerungen an. Er sehe die Vertretung der gemeindlichen Interessen als seine Aufgabe an. Netzer Franz stimmt aus sozialpolitischen Überlegungen der vorgeschlagenen Regelung zu, da die Sonderschule eine echte Hilfe für manche Kinder darstelle.

Der vorgelegte Investitions- und Betriebskostenschlüssel für die Sonderschule Vandans wird unter der Bedingung, daß Schruns lediglich einen Sockelbetrag von S 50.000,-- zu übernehmen hat, falls nicht mindestens sechs Schrunser Schüler die Sonderschule Vandans besuchen, stimmenmehrheitlich (1 Gegenstimme: DDr. Heiner Bertle) beschlossen.

zu 4)

Der Verkauf des Hälfteeigentumsanteiles an der Bp. 289/4 KG Schruns (17 m²) um S 800,-/m² an Andreas Brodzinski, Schruns, wird einstimmig genehmigt.

zu 5)

Für Dr. Siegfried Marent ist der Zustand der Verparkung des Gehsteiges von der Kreuzung beim Friedhof bis zum Gasthof der Hochjochbahnen nicht weiter tragbar. Der Gehsteig sei für die Fußgänger nicht begehbar, im Winter meist eisig und stelle einen echten Mißstand dar. Entweder müsse dieser Gehsteig aufgelassen oder es müssen andere Maßnahmen ergriffen werden. Er schlage daher vor, wie beim "Rank Furtner" Säulen anzubringen und diese mit Ketten zu versehen. Die Sicherheit der Fußgänger müsse gegeben sein.

Bgm. Wekerle bestreitet nicht, daß der dortige Gehsteig insbesondere in den Wintermonaten verparkt werde. Er habe darüber mit dem Anrainer Pöchler bereits gesprochen. Dieser habe sich in erster Linie gegen das Parken von Bussen ausgesprochen. Die Parkplatzüberwacher wären seiner Ansicht nach sicher imstande, die Fahrzeuge entsprechend einzuweisen und eine Verparkung des Gehsteiges zu verhindern. Ein diesbezüglicher Beschluß könnte mit dem Zusatz ergänzt werden, daß die Hochjochbahnen GesmbH als Verursacher für die Kosten der Säulen aufkommt, falls die Überwachung keinen Erfolg zeigt.

GR Gerhard Wille führt an, daß der Gehsteig nicht nur im Winter sondern z.B. auch zu Allerheiligen verparkt werde. Im Winter sei die Situation besonders gravierend. Ihn wundere es, daß bisher noch nichts passiert sei.

Dem Vorsitzenden ist klar, daß der Gehsteig den Fußgängern vorbehalten sein muß. Er stellt jedoch den weitergehenden Antrag, die Hochjochbahnen GesmbH darauf aufmerksam zu machen, daß die Gehsteige frei zu halten sind und ihr gleichzeitig anzudrohen, daß anderenfalls die Säulen von ihr zu finanzieren sind. Dr. Siegfried Marent glaubt, daß die Hochjochbahnen GesmbH wieder einmal eine Sonderbehandlung erfahre. Hier müssen klare Verhältnisse geschaffen werden. Die Diskussion zeige wieder einmal, was hinsichtlich des gesamten Verkehrskonzeptes zu erwarten sei und er habe schon Angst davor. Der Bürgermeister spreche wieder einmal ganz klar für die Hochjochbahn. Dieser möchte wissen, was "für die Hochjochbahn gesprochen" sei, wenn von ihm der Antrag gestellt werde, daß sie die Absperrung zu bezahlen hat.

Für Dr. Pürer machen sich die Säulen häßlich aus, und er finde es einen Versuch wert, den Erfolg einer Anweisung an den Verkehrsüberwachungsdienst der Hochjochbahnen eine gewisse Zeit abzuwarten. Sollte dies keinen Erfolg versprechen, so können immer noch mobile Ständer mit Plastikketten angebracht werden.

Nach weiterer Diskussion, in welcher man sich insbesondere auch gegen das Parken von Bussen ausspricht, wird einstimmig beschlossen, daß seitens der Geschäftsführung der Hochjochbahnen GesmbH der betriebseigene Verkehrs- und Parkplatzordnungsdienst angewie-

sen wird, dafür Sorge zu tragen, daß der Gehsteig entlang der Bergbahnstraße in den Wintermonaten nicht verparkt wird. Sollte dieser Aufforderung bis Ostern 1988 nicht entsprochen werden, so ist eine Absicherung des Gehsteiges zu Lasten der Bergbahngesellschaft vorgesehen.

zu 6)

Der Anlaß für den Antrag der SPÖ und Parteifreie ist das vorliegende Abfallkonzept, welches zum Teil kurioses beinhaltet. Behandelt werde nicht die Müllbekämpfung oder dessen Entstehen, sondern die "Verlagerung von Haufen". Da damit hohe Kosten verbunden sind, könne dies nicht so einfach abgehandelt werden. Es werde deshalb beantragt, den zuständigen Landesrat und als "Contraredner" einen der Abfallberater beizuziehen.

Vorsitzender: Das vorgelegte Abfallkonzept trifft sicher keine speziell auf einzelne Gemeinden abgestimmte Aussagen. In dieser Angelegenheit liegt bereits der Beschluß vor, daß die zuständigen Herren nach Einlangen der Ergebnisse der Pilotversuche eingeladen werden. Meiner Ansicht nach ist die Einladung erst nach dem Vorliegen von Erfahrungsergebnissen sinnvoll. Seitens des Landes wurde bereits angefragt, ob die Gemeinde die Anstellung eines eigenen Abfallberaters wünsche. Da Herr Berger diesbezüglich einige Kurse besucht, wird dies für nicht notwendig erachtet.

Der bereits in der Sitzung des Raumordnungsausschusses gefaßte Beschluß über die Einladung des zuständigen Landesrates und des Müllberaters zu einer Informationsveranstaltung der Gemeindevertretung und der Schrunser Bevölkerung über das Vbg. Abfallkonzept und Müllvermeidung wird einstimmig bis zum Vorliegen der Ergebnisse der Pilotversuche vertagt.

zu 7)

Gemäß § 11 Abs 2 der Satzungen wird die Zustimmung zum Voranschlag 1988 des Abwasserverbandes Montafon, welcher bei Gesamtausgaben von S 33.7 Mio. (einschließlich Vortrag Gebarungsabgang 1986 mit S 5.89 Mio.) und Gesamteinnahmen von S 34.301 Mio. einen Gebarungsüberschuß von S 601.000,-- aufweist, stimmenmehrheitlich erteilt (4 Gegenstimmen: Dr. Siegfried Marent, Rudolf Lischka jun., GR Gerhard Wille, Franz Netzer).

zu 8)

Die im Zuge des Ausbaus des 1. Teilabschnittes der Montjolastraße noch erforderlichen 2 Straßengrundeinlöseverträge (Margarethe Polanc, Walter Kasper) sind seitens der Eigentümer bereits unterfertigt worden, die Grundabtretung von Walter Kasper unterliegt noch der Genehmigung durch die Gemeindevertretung.

Nach Ansicht von Werner Bitschnau ist es notwendig, daß für die Grundablösen das gesamte Projekt vorliegt. Die Grundablösen dürfen nicht kleinweise vorgenommen werden. GR Ing. Werner Netzer kann sich einen Ausbau nur vorstellen, wenn die Grundablösen zumindest

bis zur Montjolakurve abgeschlossen sind. Außerdem sei es für ihn unabdinglich, daß, wie bereits wiederholte Male gefordert, gleichzeitig der Ausbau des Fußweges vorangetrieben werde. Die jetzt vorgeschlagene Vorgangsweise sei nicht vertretbar. Der Vorsitzende erwidert, daß diese Forderung der Straßenplanungsstelle mitgeteilt wurde und auch weiter urgiert werde. Er erinnere daran, daß in dieser Frage von allen immer argumentiert worden sei, daß nicht ein großer Ausbau, sondern Verbesserungen vorgenommen werden sollten. DDr. Heiner Bertle bestätigt, daß von einem großzügigen Ausbau nie die Rede gewesen sei, die gleichzeitige Erstellung des Fußweges jedoch immer gefordert wurde. In der weiteren Debatte verweist der Vorsitzende darauf, daß der Gehsteig im unteren Bereich entsprechend den Vorstellungen der Gemeinde projektiert wurde. Alles von den zuvor angeführten Forderungen abhängig zu machen, sei im Interesse der Oberlieger nicht vertretbar.

Dr. Siegfried Marent nimmt auf die von Herrn Kasper geforderte und in den Grundablösevertrag aufgenommene Bedingung hinsichtlich einer Bauführung auf Gp. 909/1 Bezug und heißt es nicht gut, daß die Gemeinde erpreßt werde. Außerdem dürfe bei Verwirklichung der Gesamtlösung ein halbes Jahr keine Rolle spielen.

Nach Ansicht von GV Peter Vonbank handelte Herr Kasper nicht erpresserisch, da er über die tatsächliche Aussage der Darstellung des Tunnels im Flächenwidmungsplan nicht Bescheid wußte. Das Land habe ihm nach einer Anfrage mitgeteilt, daß kein Bauverbot auf Gp. 909/1 bestehe, weshalb er geglaubt habe, daß sich nur die Gemeinde dagegen stelle.

GR Gerhard Wille verläßt um 22.30 Uhr aufgrund anderweitiger Verpflichtungen die Sitzung.

Der Vorsitzende hält es trotz des auch seiner Ansicht nach wichtigen Fußweges für notwendig, heute die Zustimmung zu erteilen, da weitere Verzögerungen nicht mehr zu verantworten wären. Ernst Fitsch hält es für erforderlich, daß das Land zusagt, die Gesamtplanung bis Ende Februar 1988 vorzulegen. Nach Ansicht von Rudolf Haumer sollte die weitere Detailplanung für den nächsten Abschnitt zumindest zu Baubeginn vorliegen. Ernst Fitsch stellt den Antrag, die Gemeinde möge eine verbindliche Zusage seitens des Landes über den Zeitpunkt der Vorlage der Gesamtplanung einholen.

Die vorliegenden zwei Grundablöseverträge mit den Anrainern der Montjolastraße (Walter Kasper und Margarethe Polanc) werden stimmenmehrheitlich (9 Gegenstimmen: Fraktion SPÖ und Parteifreie außer Werner Bitschnau und Fraktion FPÖ und parteifreie Bürger) genehmigt.

Weiters wird stimmenmehrheitlich (3 Gegenstimmen: DDr. Heiner Bertle, Rudolf Haumer, Ing. Werner Netzer) beschlossen, daß die Gemeinde seitens des Landes eine verbindliche Angabe des genauen Zeitpunktes der Vorlage der weiteren Planungen verlangt.

zu 9)

Der Vorsitzende führt aus, daß es notwendig wäre, für den Ankauf eines Feuerwehrfahrzeuges sowie der Schaffung von Grundreserven

Aussage getroffen werde. Es sei zwar im Laufe der Diskussion darüber gesprochen worden, sei aber nicht Bestandteil des Beschlusses. Die SPÖ und Parteifreie vertrete die Ansicht, daß es verfrüht wäre, ohne Vorliegen eines Verkehrskonzeptes über den Verkauf von Anteilen an der "Löwengarage" bzw. einer Parkplatzbewirtschaftung zu reden.

Nach Ansicht von Peter Vonbank hat man sich mit den Fragen der Finanzierung im Rahmen der Budgeterstellung auseinanderzusetzen, wobei auch die Streichung von Ersatzgebühren - insbesondere im Kernbereich - in die Problemerkörterung miteinbezogen werden müßte.

Dr. Siegfried Marent schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt zur Klärung der Finanzierung zu vertagen, da ansonsten keine Zustimmung erteilt werden könne.

Dr. Hansjörg Czinglar verläßt um 23.35 Uhr aufgrund anderer Verpflichtungen die Sitzung.

Peter Vonbank führt an, daß ca. die Hälfte der Parkplätze sofort verkauft/vermietet werden könnte, die Vorfinanzierung der 2. Hälfte wäre erst in ca. 2 Jahren budgetwirksam.

Nach Ing. Werner Netzer sollte der Baubeschluß schon heute gefaßt werden. Die vorgeschlagenen Finanzierungsmöglichkeiten sollen als Beispiele aufgefaßt werden.

Es wird stimmenmehrheitlich (4 Gegenstimmen: SPÖ und Parteifreie) beschlossen, daß entsprechend dem gemeinsamen Antrag von Sport-, Schul- und Bauausschuß vom 28.10.1987 die Errichtung der Tiefgarage Armenhausbühel weiter betrieben, Arch. Thurnher mit der Fortführung der Planung beauftragt und gleichzeitig die teilweise Vorfinanzierung durch die Gemeinde geprüft werden soll.

zu 12)

Ing. Werner Netzer schlägt aufgrund der nicht absehbaren Realisierbarkeit eines Sportzentrums in der Stoffleth-Au und der Tatsache, daß in Schruns ansonsten kein weiteres ähnlich großes Grundstück zur Verfügung steht, vor, daß, wie im Antrag ausgeführt, die Möglichkeit der Realisierung eines Spielfeldes in der Stoffleth-Au unter Weiterverwendung des bestehenden Fußballplatzes als Spiel- und Trainingsplatz geprüft werden soll.

Insbesondere soll die eine oder andere Erweiterungsmöglichkeit bzw. die Errichtung eines Spielfeldes auf gemeindeeigenem Grund angestrebt werden.

Der Vorsitzende kritisiert, daß dem Antrag nicht zu entnehmen ist, daß sich der Unterausschuß auch um weitere Alternativstandorte bemühen soll.

Nach weiterer Diskussion wird einstimmig beschlossen, den Unterausschuß zu beauftragen, nicht nur den Standort in der "Stoffleth-Au", sondern auch alternative Standorte und Lösungen zu untersuchen und hierüber innert neun Monaten der Gemeindevertretung zu berichten.

zu 13)

Da sich der Stand Montafon bereits mit der Bildung eines regionalen Planungsausschusses für die B 188 befaßt, wird dieser Tagesordnungspunkt als erledigt angesehen.

zu 14)

Die Frage der Bereitstellung von Budgetmitteln zum Erwerb von Grundstücken für die Dorfkern- und Bahnhofsplanung wird einstimmig vertagt.

zu 15)

Der Vorsitzende berichtet, daß die Montafonerbahn die Errichtung einer provisorischen Parabolantenne plant, welche später durch eine stationäre Parabolantenne beim Bahnhof ersetzt werden soll. Baurechtlich ergeben sich noch einige Fragen, es werde aber sicher auf den Einzelfall abzustimmen sein, ob die Errichtung von Einzelsatellitenantennen durch Private baubewilligungspflichtig ist.

DDr. Heiner Bertle hält es zur Wahrung des Ortsbildes für ratsam, generelle Bebauungsrichtlinien zu verordnen. Dr. Siegfried Marent ist hier aus folgenden Gründen anderer Ansicht:

1. die technische Entwicklung ermöglicht die Herstellung von immer kleineren Spiegeln,
2. die Bildung eines Monopols ist nicht günstig. Jeder soll sich Ausschuchen können, was er tatsächlich will. Derzeit sind die Spiegel ohnedies noch sehr teuer.

Da die Errichtung von Einzelsatellitenantennen baurechtlich noch nicht geregelt ist und die Montafonerbahn AG die Errichtung einer Parabolantennenanlage plant, erübrigt sich eine diesbezügliche Beschlusfassung.

zu 16)

Der Bürgermeister berichtet über:

1. Mitteilung der Hochjochbahnen über die im Schigebiet Hochjoch-Zamang vorhandenen Geräte für einen Lawineneinsatz;
2. die seitens des Landes erfolgte Zusage der Förderung des Forstwegebaues (rd. 3 km sind gebaut worden);
3. die eingelangten Stellungnahmen zum Rundschreiben betreffend die Übernahme des Hans Bertle-Weges ins öffentliche Gut, welche größtenteils negativ sind;
4. die Bargustobelverbauung. Die Begleitdämme im Stiefentobel wurden von den Grundeigentümern Salzgeber, Mangeng und Pölzel abgelehnt;

5. die Errichtung eines weiteren Drainagesystems durch die VIW zur besseren Entwässerung des Ortsteiles Gantschier;
6. die in der letzten Sitzung des Standes Montafon behandelte Anstellung eines Meldekontrollors für das gesamte Montafon;

Allfälliges: DDr. Heiner Bertle kritisiert die fortwährende Verparkung des Kirchplatzes.

Gegen die Verhandlungsschrift über die vorausgegangene 29. und 30. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselben als genehmigt gelten.

Der Bürgermeister und die Obmänner der drei Fraktionen wünschen allen Anwesenden frohe Weihnachtsfeiertage.

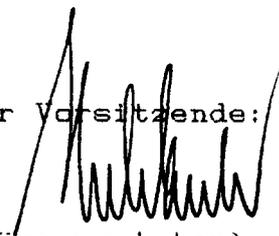
Ende der Sitzung : 24.00 Uhr

Schruns, am 22. Dezember 1987

Der Schriftführer:


(Gemeindesekretär)

Der Vorsitzende:


(Bürgermeister)